

# Mehr Ungleichheit wagen

**Stark und wenig belastete Bildungsreinrichtungen brauchen ungleiche Ressourcenzuweisung**

### **Gerechtigkeit und Gleichheit sind nicht dasselbe**

Dass Gerechtigkeit und Gleichheit nicht dasselbe bedeuten, wird sofort klar, wenn man sich ein 100 m-Wettrennen zwischen einem durchtrainierten Kurzstreckenläufer und einem gehbehinderten Menschen vorstellt. Sicherlich wird der Gehbehinderte bei dem Wettlauf eine Niederlage einstecken. Absurd wäre es nun, den Trainer für die Niederlage des Menschen mit Handicap verantwortlich zu machen. Gerechte Bedingungen bei diesem Rennen dadurch schaffen zu wollen, dass der Gehbeeinträchtigte einen Zwei-Meter-Vorsprung erhalte, wäre ebenfalls unsinnig und ungerecht. Unser Bildungswesen trägt den ungleichen Startvoraussetzungen der jungen Generation kaum Rechnung, sodass der Anspruch, allen gleiche Chancen zu bieten, eine Illusion geblieben ist.

### **Leben auf der Sonnenseite.**

Kinder und Jugendliche begeben sich unter ganz unterschiedlichen Bedingungen in den rauen Wettbewerb um Bildungsabschlüsse, die gesicherte Arbeitspositionen und angemessene Teilhabe am gesellschaftlich produzierten Wohlstand erwarten lassen. Die mit ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital gut ausgestatteten Kinder haben alle Chancen, die sozial am höchsten bewerteten Bildungswege mit eleganter Leichtfüßigkeit zu durchlaufen. Verstärkt wird die individuell gute Ausgangslage noch dadurch, dass die Kinder wohnortnah Kindergärten oder Grundschulen besuchen können, die in einer Wohngegend liegen, in der sich wohlhabende und kulturell eher aufgeschlossene Menschen niedergelassen haben. Dadurch besuchen viele Kinder mit ähnlich günstigen Entwicklungsvoraussetzungen die gleichen Bildungsstätten und können sich gegenseitig anregen und erste soziale Netzwerke unter „ihresgleichen“ knüpfen.

### **Leben auf der Schattenseite**

Diejenigen Kinder und Jugendlichen hingegen, die - abschätzig formuliert - aus „bildungsfernen“ Bevölkerungsklassen stammen, haben in ihrer Herkunftsfamilie selten entwicklungsförderliche Erfahrungen sammeln können. Keine oder sozial niedrig bewertete Bildungsabschlüsse der Eltern oder des alleinerziehenden Elternteils, geringes Familieneinkommen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder Langzeitarbeitslosigkeit gehen mit vielen Belastungsfaktoren einher, die positive

menschliche Entwicklung und schulisches Lernen erschweren. Im konkurrenzorientierten Bildungswesen haben die Kinder, die unter den Bedingungen der materiellen und kulturellen Armut aufwachsen, offenkundig weit aus schlechtere Chancen, im Wettlauf um gute Bildungsabschlüsse vorne dabei zu sein. Die in der Schule gestellten kognitiven, sozialen, sprachlichen, motorischen und motivationalen Anforderungen bedeuten für die Kinder aus Armutsverhältnissen oft eine große Herausforderung, sodass sie sich - lebensgeschichtlich sinnvoll - „herausfordernd“ verhalten (müssen). Die eher ungünstige Ausgangslage für schulisches Lernen wird noch dadurch verstärkt, dass die Bildungseinrichtungen von vielen Kindern und Jugendlichen des gleichen Wohngebiets besucht werden, die ähnlich schwierige Lebensbedingungen zu meistern haben. Ein Teufelskreislauf kann so entstehen, dem Kinder, Jugendliche und die unterschiedlichen pädagogischen Akteure nicht mehr entkommen können. Die jüngst in den Medien dargestellten Probleme an saarländischen Schulen zeugen von den hohen Belastungen, denen Lehrkräfte, aber auch Schüler\_innen und Eltern ausgesetzt sind.

### **Sozialindexorientierte Ressourcenzuweisung anstatt Symbolpolitik!**

In der sozialen Segregation, die besonders in deutschen Großstätten zu beobachten ist und die zu unterschiedlichen Entwicklungschancen der Heranwachsenden führt, liegt ein wesentlicher Grund für die Bildungsungerechtigkeit in Deutschland: Ungleiches wird gleich behandelt, indem die Lehrerruweisung an Schulen ohne Berücksichtigung der Standortbedingungen fast ausschließlich in Abhängigkeit von den Schülerzahlen erfolgt. Die wenigen zusätzlichen Lehrerstellen an belasteten Schulen sind Symbolpolitik und haben eine ähnliche Wirkung wie der Zwei-Meter-Vorsprung, der dem Gehbehinderten gewährt wird. Das Solidarprinzip, das in der Sozialpolitik in Deutschland weitestgehend akzeptiert und realisiert wird, müsste auch in der Bildungspolitik zur Geltung gelangen - bildlich gesprochen müsste ein 20-Meter-Vorsprung für die belasteten Schulen her.

### **Das Hamburger Modell der sozialindexorientierten Ressourcenzuweisung**

In Hamburg wird seit einigen Jahren versucht, durch bedarfsorientierte Ressourcen-

steuerung mehr Bildungsgerechtigkeit zu erzielen. Zu diesem Zweck ermitteln die Schulbehörden den sozio-ökonomischen Status der Schüler\_innen. So wird alle fünf Jahre erfragt, ob es zu Hause einen Rasenmäher gibt, ob die Familie ein Zweitauto und ein Zeitungsabo besitzt. Gefragt wird auch nach der Familiensprache, nach gemeinsamen Theaterbesuchen und nach der Höhe des Haushaltseinkommens. Mit diesen Fragebögen erfasst die Stadt das Kapital, über das die Herkunftsfamilien der Schüler\_innen verfügen. In einem komplizierten Verfahren werden diese Informationen verrechnet und durch die Strukturdaten über das Umfeld der Schule (Arbeitslosenquote, Zahl der Migranten) ergänzt. Daraus ergibt sich dann für jede Grundschule ein Sozialindex, der die Anzahl der Lehrer, Sozialarbeiter und Erzieher festlegt. Das genaue Ermitteln des Sozialindex wirkt sich also unmittelbar auf die personelle Ausstattung der Schule aus.

In der Elbinselschule in Wilhelmsburg, dem südlichen Stadtteil Hamburgs, haben die meisten Eltern der Schüler keinen Rasenmäher, denn sie leben nur selten in einem Haus mit Garten. Die Elbinselschule hat den Sozialindex 1 und gehört damit zu den sozial am stärksten belasteten Standorten und erhält deshalb auch die größte Unterstützung. Der Schule, die 560 Schüler\_innen besuchen, stehen 54 Lehrerstellen zur Verfügung, die Klassenstärke ist auf 19 Kinder begrenzt. Wie alle mit diesem Sozialindex ist auch die Elbinselschule eine Ganztagschule, die bis 16:00 Uhr Lernangebote macht.

Die Hamburger Bildungspolitik, die den sozial benachteiligten Standorten besondere Ressourcen zuweist, zeigt erste Früchte. Denn bei bundesweiten Schulleistungsvergleichen schneidet Hamburg nun immer besser ab. Diese Art der Ressourcenzuweisung ist wohl ein erster Schritt in Richtung größerer Bildungsgerechtigkeit. So bleibt zu hoffen, dass auch das Saarland über die vor kurzem ausgesuchten Modellschulen hinaus die Bildungseinrichtungen sozialindexorientiert mit den notwendigen Ressourcen versorgt. Dies erfordert den bildungspolitischen Mut, gegen den Widerstand der Privilegierten Ungleichheit zu wagen. ■

**Helmut Stoll**